

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 15. November 2011 · Nr. 266 / 46 D 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INCA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,00 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Ermittlungen gegen Ackermann

MÜNCHEN, 14. November. Die Staatsanwaltschaft München hat gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Josef Ackermann, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sie verdächtigt Ackermann und drei weitere Manager der Bank, im Prozess gegen den inzwischen verstorbenen Medienunternehmer Leo Kirch falsche Angaben gemacht zu haben. Ackermann verzichtete am Montag entgegen seiner Absicht auf einen Posten im Aufsichtsrat. Zur Begründung verwies die Deutsche Bank allerdings auf die „extrem herausfordernden Verhältnisse auf den internationalen Finanzmärkten und im politisch-regulatorischen Umfeld“, die den vollen Einsatz Ackermanns als Bankchef erforderten. Dies lasse keinen Raum für die für einen Wechsel in den Aufsichtsrat notwendigen Einzelgespräche mit Aktionären. Eigentlich wollte Ackermann im Mai die Nachfolge des Vorsitzenden Clemens Börsig antreten. Für seine Nominierung hätte Ackermann aber 25 Prozent der Stimmrechte auf sich vereinen müssen. Insbesondere angelsächsische Fonds haben strenge Anlagegrundsätze, in denen das Votum für Manager, die in Konflikt mit der Justiz geraten sind, oft ausgeschlossen ist. Bei der Deutschen Bank kam es bereits in der vorigen Woche zu Durchsuchungen der Vorstandsbüros. Die Bank wehrt sich gegen die Vorwürfe. (Siehe *Wirtschaft*, Seite 11.)

Schatzsucher



Fachmann – Früh übt sich, wer ein Meister werden will. Aber dass Mario Monti schon im zarten Alter von acht Jahren im väterlichen Büro in einer Bankfiliale nach Schätzen gesucht hätte, ist nicht überliefert. Vielleicht war es ja auch vor allem der wertvoll aussehende Koffer, der es dem kleinen Mario an-

getan hatte. Wenn der künftige italienische Ministerpräsident heutzutage seinen Koffer öffnet, glänzen seine Augen vermutlich nicht mehr so wie in der süßen Kindheit. Wie viel mehr noch über Mario Monti zu sagen ist, kann man den Seiten 2, 10, 11 und 16 unschwer entnehmen. Foto: Contrast/Laif

Kants Fragen

Von Berthold Kohler

Die Christlich Demokratische Union quält sich auf ihrem Parteitag wieder mit den Fragen herum, die ihr schon Kant stellte: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Was ist die CDU? Die Antworten darauf fallen mitunter deutlich anders aus als bei der letzten Zusammenkunft in Leipzig. Die „neoliberale“ Partei der damaligen „Radikalreformerin“ Merkel ist schon Geschichte, seit die CDU und ihre Vorsitzende mit dieser Politik beinahe baden gegangen wären. Als Kanzlerin perfektionierte Angela Merkel die neue Linie, nicht die Wirklichkeit einem Programm anzupassen, sondern das Programm der Wirklichkeit. Die Frau ohne ideologischen Überbau blieb sich dabei treu, von der (vom Vorzeige-Konservativen zu Guttenberg angestoßenen) Abschaffung der Wehrpflicht über die Energiewende bis hin zur schleichenden Einführung des Mindestlohns.

Kaum noch von anderen Parteien zu unterscheiden sei diese CDU, klagen Frau Merkels Kritiker. Recht haben sie. Doch führt Erkennbarkeit in der Demokratie nur dann zu politischem Erfolg und damit zu Gestaltungsmöglichkeiten, wenn die erkennbaren Posi-

tionen auch mehrheitsfähig sind. Man kann den gesellschaftlichen Wandel und sich daraus ergebende politische Verschiebungen für falsch halten; sie einfach zu ignorieren ist jedoch gerade für eine Volkspartei lebensgefährlich. Gerade ehemalige halbe Mächtigen-Volksparteien wie die FDP können ein Lied davon singen.

Beim Mindestlohn hielt sich die CDU daher lieber an die Umfrageergebnisse. In der Europa-Politik aber stemmt sie sich gegen die zunehmend ablehnende Stimmung im Volk, freilich wieder zusammen mit fast allen anderen Bundestagsparteien. Frau Merkel will nicht in die Geschichte eingehen als die Kanzlerin, unter der damit begonnen wurde, die EU rückabzuwickeln. Auf keinem anderen Feld, vom Bekenntnis zu Israel abgesehen, äußert sie so unkontingente Sätze wie „Scheitert der Euro, dann scheidet Europa“. Das kommt einem politischen Glaubensbekenntnis noch am nächsten. Aber auch dieses entspringt einer Abwägung der deutschen Interessen, der Kosten und des Nutzens, der Chancen und der Risiken. Wer mehr Dogmatik in der CDU wünscht, der muss sich eine(n) andere(n) Vorsitzende(n) wählen, wobei man nicht sieht, dass der Kronprinz und die Kronprinzessin so ganz anders wären. Mehr Ideologie haben derzeit nur SPD, Grüne und Linkspartei im Angebot.

Italien braucht eine Grunderneuerung

Von Günther Nonnenmacher

Silvio Berlusconi war, zumindest in der letzten, von Affären geprägten Phase seiner Amtszeit, für Italien ein Problem. Aber sein am Ende dann beschleunigter Abgang ist bestenfalls ein Anfang für die Lösung der italienischen Probleme. Der „Cavaliere“, dem so gar nichts Ritterliches anhaftet, wird mit Hilfe seiner Partei weiterhin versuchen, die Politik zu steuern. Ob er dazu noch die Macht hat oder ob ihn diejenigen aus seiner Bewegung, die er mit viel Geld ein- und zusammengekauft hatte, verlassen werden, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Die Bilder jubelnder Berlusconi-Gegner, die seinen Abschied von der Macht feiern, sollten jedenfalls niemanden täuschen: Berlusconi war kein Usurpator, seine Partei ist von vielen Italienern gewählt worden, auch wenn die persönlichen Popularitätswerte des Mailänder Milliardärs zuletzt im Keller waren.

Falls sich Berlusconis Partei spalten oder gar zerlegen würde, wäre derzeit auf der Rechten keine politische Formation und keine Persönlichkeit in Sicht, die in der Lage wären, ihre Überreste einzusammeln. Aber auch auf der Linken gibt es nur eine zersplitterte Pseudo-Front aus kleinen populistischen und linksradikalen Parteien, welche die größere Demokratische Partei (PD) sammeln muss, will sie irgendwann eine regierungsfähige Mehrheit bekommen. Der PD-Führer Bersani ist nicht gerade mit Charisma begabt, und das Programm, auf das sich eine linke Regierung einigen könnte, entspräche, so wie die Dinge liegen, keineswegs den Erwartungen, welche die europäischen Partner und die internationalen Finanzmärkte auf Italien richten.

So erscheint es logisch und sachgemäß, dass das Land zunächst einmal von einer „Technokraten-Regierung“ unter Führung des Finanz- und Wirtschaftsfachmannes Mario Monti regiert werden soll. Er kann eine Zeit lang davon profitieren, dass die Rechte nach Berlusconi Sturz angeschlagen ist und die Linke nicht aktionsfähig ist. Aber schon die Forderung des aus dem Amt geschiedenen Berlusconi, Monti dürfe nur das Sparprogramm in die Tat umsetzen, das vom italienischen Parlament noch in seiner Ägide verabschiedet wurde, zeigt, mit welchen Schwierigkeiten diese Regierung des Übergangs mit noch undefinierter Mandatszeit zu kämpfen haben wird.

In Wahrheit bedürfte Italien einer Grunderneuerung seines politischen Systems, und das betrifft nicht nur die politische Klasse im engeren Sinn, es umfasst auch die seit Jahrzehnten eingeschliffenen Verhaltensweisen der Italiener. Das Land hat es nie geschafft, die Traditionen einer Klientelgesellschaft abzustreifen, in der eine Hand die andere wäscht. Daraus erwächst nicht nur ein Sumpf der Korruption – in der Politik heißt das: Ich gebe Dir meine Stimme, wenn Du mei-

ne Interessen, bis ins Persönliche, durchsetzt –, sondern eine umfassende Modernisierungsblockade. Eine der Folgen dieses Klientelismus ist die Aufblähung der Verwaltung, in aller Regel gekoppelt mit einer massiven Begünstigung der Staatsdiener.

Was für den Einzelnen gilt, trifft genauso auf die Interessengruppen des Landes zu, ob Gewerkschaften oder Großunternehmen: Alle Wege führen nach Rom zu den politisch einflussreichen, die sich ihre Dienste wiederum bezahlen lassen (manchmal im Wortsinne) – von einer auf wirtschaftliche Vernunft gegründeten Sozialpartnerschaft keine Spur. Es ist ein Wunder, dass die tüchtigen kleinen und mittleren Unternehmen im Norden des Landes trotz dieser Hindernisse Erfolge

Währungsunion und Finanzmärkte haben die italienischen Missstände schonungslos aufgedeckt.

auf ihren Märkten erzielen. Im Süden ist dieses System zu einem nahezu undurchdringlichen Filz geworden, dessen auffälligstes Symptom die organisierte Kriminalität ist. Trotz des bemerkenswerten Einsatzes Einzelner und immer wieder auflebender Anti-Mafia-Bewegungen bleibt doch unübersehbar, dass viele Italiener – mangels anderer Möglichkeiten – sich mit diesen Verhältnissen arrangiert haben. Das sind im Übrigen Erkenntnisse, über die jeder Italiener, der über seinen eigenen Vorgarten hinausschaut, freimütig spricht.

Europäische Währungsunion und Staatsverschuldung haben diese Missstände, die im übrigen – bei allen sonstigen Unterschieden, vor allem was die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit angeht – mit den griechischen vergleichbar sind, schonungslos aufgedeckt. Welche Folgen das nach sich zieht, ist spätestens auf dem letzten Euro-Gipfel deutlich geworden: Die fast verächtliche Behandlung des italienischen Regierungschefs durch Präsident Sarkozy und Kanzlerin Merkel war vielleicht der Tropfen, der Berlusconi Maß voll gemacht hat. Da wurde keine Diplomatie mehr betrieben, sondern „europäische Innenpolitik“ auch in dem Sinne, dass sogar Freunde aus der eigenen Parteienfamilie abserviert werden, wenn sie nicht mehr liefern können. So richtig das in der Sache gewesen sein mag, es wird den Verkehr unter den europäischen Regierungen, womöglich sogar das Verhältnis zwischen den europäischen Völkern, nicht leichter machen. Denn auch wenn viele Italiener Berlusconi werden wollten, den nationalen Stolz wollen sie behalten. Mario Monti sollte im gesamteuropäischen Interesse dabei unterstützt werden, ihnen diesen Stolz wieder zu geben.

Heute

Mit Verlaub auf der Walz

Seit gut drei Jahren tippelt Almut Gentner als Wandergesellin durch die Welt. Sie kann nicht genug bekommen – und geht einfach weiter. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

Europa im Übergang

Die Einführung des Euro hat der Süden dazu benutzt, die heimische Wirtschaft vor Reformen zu schützen. Für eine stabile Währungsunion braucht mehr als Vertragsänderungen: Eine neue Kultur tut not. **Politik, Seite 2**

Ägypten vor der Wahl

Neben vielen kleinen Parteien konkurrieren bei der Parlamentswahl zwei große Allianzen miteinander: der säkulare „Ägyptische Block“ und die „Nationale Koalition“ mit den Muslimbrüdern. **Politik, Seite 6**

Schweizer Wintersorgen

Der starke Franken hält viele Urlauber von einer Reise in die Schweiz ab. Selbst Einheimische könnten in die Eurozone locken lassen. Viele Gasthäuser werben mit Vergünstigungen. **Wirtschaft, Seite 22**

Dialog statt Verbot

Der Zweite Runde Tisch zu den Ausschreitungen im Fußball hat kaum neue Erkenntnisse gebracht. Eine Task Force Sicherheit soll Details erarbeiten; Toleranz für Straftäter wird es nicht geben. **Sport, Seite 32**

Erinnerung auf Zelluloid

Das deutsche Filmerbe ist ein wichtiger Teil unseres kulturellen Gedächtnisses. Aber wie lässt es sich am sichersten in den Archiven aufbewahren: auf Zelluloid oder in digitaler Form? **Feuilleton, Seite 35**

Problemriesen auf hoher See

„London Array“, der größte Offshore-Windpark der Welt, wächst heran. Doch beim Aufstellen der Anlagen tauchen immer neue Schwierigkeiten auf. Ohne Hubschiffe geht es nicht. **Technik und Motor, Seite T 1**

Die Kritik am Verfassungsschutz wächst

Friedrich: Sehr beunruhigend / Neue Debatte über NPD-Verbot

BERLIN/LEIPZIG/FRANKFURT, 14. November. Nach der Enttarnung der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist der Verfassungsschutz, insbesondere die Landesbehörde in Thüringen, in den Fokus der Kritik geraten. Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sagte am Montag, es müsse geprüft werden, ob der Verfassungsschutz optimal organisiert sei. Bundesinnenminister Friedrich (CSU) sagte, es sei „sehr beunruhigend, dass zwischen der Mordserie in ganz Deutschland und der rechtsextremen Szene in Thüringen kein Zusammenhang erkannt wurde“. Er erwarte, dass „Thüringen das Notwendige tun wird“. Auf dem CDU-Parteitag in Leipzig zeigte sich Bundeskanzlerin Merkel ob des neuen Rechtsterrorismus scho-

ckiert. Dieser sei eine „Schande“ und „beschämend“ für Deutschland. Politiker wie der bayerische Innenminister Herrmann (CSU) und der Grünen Vorsitzende Özdemir forderten ein neues NPD-Verbotsver-

Rechtsextremer Terrorismus

Das Rätsel der V-Männer Seite 4
Holger Apfel und die NPD Seite 4
Türkische Sorgenblicke Seite 33

fahren. Frau Merkel sprach sich dafür aus, die Erfolgsaussichten prüfen zu lassen.

Die türkische Regierung forderte derweil am Montag eine rückhaltlose Aufklärung der mutmaßlich rechtsterroristischen

motivierten Morde Türken in Deutschland. Die Türkei erwarte, dass der Verbrechensserie auf den Grund gegangen werde, „was immer dahinter stecken mag“, teilte das Außenministerium in Ankara mit.

Unterdessen wurde bekannt, dass ein Mord, der 2006 in einem Internetcafé in Kassel verübt worden war und den Morden der NSU zugerechnet wird, möglicherweise weitergehende Ermittlungen nach sich zieht. Entgegen bisheriger Angaben hat sich nach Informationen dieser Zeitung ein damals Verdächtiger, der Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes war, doch zur Tatzeit in dem Internetcafé aufgehalten. Bislang hieß es, er habe das Café kurz vor Schussabgabe verlassen. Zudem sollen in seiner Wohnung Schusswaffen gefunden worden sein. (Fortsetzung Seite 2.)

Angela Merkel verteidigt ihren Kurs

„Ich folge dem Kompass der CDU“ / Parteitag in Leipzig / Delegierte kritisieren Euro-Rettung

LEIPZIG, 14. November. Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat ihre Partei auf Veränderungen in ihrer Programmatik eingeschworen und zur Bereitschaft zu Reformen aufgerufen. „Wir leben in Zeiten epochaler Veränderungen“, sagte Frau Merkel am Montag auf dem CDU-Parteitag in Leipzig. Entscheidend für die Antworten der Partei müsse dabei der „Kompass“ des christlichen Menschenbildes sein, nicht Antworten, „die vor 30 Jahren gegeben wurden“. Frau Merkel machte sich für die Einführung eines von Tarifpartnern auszuhandelnden Mindestlohns und für eine Vertiefung der europäischen Einigung stark. „Es ist Zeit für einen Durchbruch zu einem neuen Europa“, sagte die Bundeskanzlerin.

Frau Merkel warb in ihrer Partei um Unterstützung und Geschlossenheit. Das sei wichtig, „in solchen schwierigen Zeiten, in denen wir jeden Tag ungewohnte Entscheidungen zu treffen haben. Sie verteidigte die in der CDU umstrittenen Kursänderungen bei der Nutzung der Kernenergie und der Wehrpflicht. Die CDU verliere dabei weder Fundament noch Kompass.

Die Parteivorsitzende verteidigte zudem die lange umstrittenen Pläne für eine neue Schulpolitik, über die der Parteitag an diesem Dienstag abstimmen soll. Gemäß einem Zwei-Wege-Modell soll es demnach neben dem Gymnasium eine Oberschule geben, in der Haupt- und Realschulen zusammengelegt werden. Merkel bekannte sich klar „zum Gymnasium und gegen die Einheitsschule“, fügte aber

auch hinzu: „Funktionierende Hauptschulen können und werden bestehen bleiben.“ Der hessische CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willisch wandte sich auch auf dem Parteitag gegen Merkels Eurokurs. Er sagte, er sei für Europa und den Euro, aber Rettungsschirme wie der Rettungsfonds EFSF seien ökonomisch falsch.

Finanzminister Schäuble verteidigte die Euro-Rettungspläne der Bundesregierung. „Wenn wir eine gemeinsame europäische Währung wollen, müssen wir sie verteidigen“, sagte der CDU-Minister. Die Entwicklung in den Ländern Portugal und Irland, die Hilfen aus dem Rettungsfonds bekommen hätten, belege, dass die Systematik des EFSF funktioniere. (Fortsetzung Seite 2; weitere Berichte Seite 3.)

Washington: Klage gegen Gesundheitsreform

WASHINGTON, 14. November. Das Oberste Gericht in Washington hat am Montag wie erwartet den Rechtsstreit um die Gesundheitsreform von Präsident Obama zur Verhandlung zugelassen. Die Anhörungen sollen im März beginnen, eine Entscheidung wird für Juni 2012 erwartet. Niedrigere Instanzen hatten unterschiedlich befunden, ob zumal die von 2014 an vorgesehene Pflicht zum Abschluss einer Krankenversicherung verfassungskonform ist.

EU verschärft Sanktionen gegen Syrien

BRÜSSEL, 14. November. Die Europäische Union hat ihre Sanktionen gegen das Regime in Syrien am Montag ein weiteres Mal verschärft. Außenminister Westerwelle lobte die „wirklich bedeutende“ Entscheidung der Arabischen Liga vom Wochenende. Diese hatte beschlossen, die Mitgliedschaft Syriens zu suspendieren. Westerwelle sagte, dies werde hoffentlich bei den Staaten zu einem Umdenken führen, die bisher schärfere Sanktionen verhindert hätten. (Siehe Seite 6.)

EU uneins über die Art neuer Iran-Sanktionen

BRÜSSEL, 14. November. In der EU herrscht Streit über die Schärfe neuer Sanktionen gegen Iran. Die Außenminister teilten am Montag in Brüssel zwar mit, dass sie über den neuen Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) über Irans Nuklearprogramm besorgt seien und Sanktionen vorbereiteten. Während Frankreich deutlich härter gegen Teheran vorgehen will, sprachen sich Schweden und Finnland für Zurückhaltung aus. (Siehe Seite 6, Kommentar Seite 10.)



Briefe an die Herausgeber	21	Zeitgeschehen	10	Netzwirtschaft	21	Sport	31
Technik und Motor	T 1	Wirtschaft	11	Wetter	22	Feuilleton	33
Impressum	4	Unternehmen	14	Finanzmarkt	23	Medien	37
Deutschland und die Welt	8	Wirtschaft	x	Kurse	26	Fernsehen und Hörfunk	37

STREIFZÜGE

Berlin

DJ Tax vs. MC Finanzamt

Die Tür des Berliner Techno-Clubs „Berghain“ gilt als härteste Tür Deutschlands. Gäste vom „Typ Finanzbeamter“ haben dort normalerweise eher geringe Chancen auf Einlass. In den vergangenen Monaten müssen aber einige Beamte der Finanzverwaltung öfters durch die Berliner Nacht gezogen sein und die Gäste der Clubs beobachtet haben. Nach Angaben der



Nur nicht übersteuern

„Club Commission“, die sich für die Belange der Berliner Clubs einsetzt, haben die Finanzbeamten der Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg bei ihren Ausflügen herausgefunden, dass es sich bei vielen Veranstaltungen gar nicht um Konzerte handelt – zumindest nicht im steuerlichen Sinn. Die Prüfer bemängelten unter anderem, dass die Besucher nicht oft genug zur Bühne geschaut hätten, so dass von einem Konzert eigentlich nicht die Rede sein könne. Auch wenn die Gäste kaum über die Musik sprachen, galt dies für die Finanzbeamten als ein Anhaltspunkt.

Die Clubbetreiber müssen jetzt mit bis zu 200 000 Euro Steuernachzahlung rechnen. Denn für Tanzveranstaltungen werden 19 Prozent Umsatzsteuer fällig – für Konzerte hingegen nur sieben Prozent. Schon 2005 stellte der Bundesfinanzhof in seinem sogenannten „Mayday“-Urteil fest: Wenn ein DJ nicht nur Musik abspielt, sondern Lieder mischt und zur „Aufführung von Musikstücken“ auch Instrumente wie ein Mischpult einsetzt, ist das ein Konzert. Die Berliner Senatsverwaltung gibt an, sie unterscheidet im Einzelfall, was als „Party“ gilt und was als „Konzert“.

„Da sitzen fünfzigjährige Sachbearbeiter in der Finanzbehörde, die von Clubleben keine Ahnung haben“, erwidert Olaf Möller, der in Berlin die Interessen der Clubs vertritt. Ein Club hat gegen die Nachzahlung Klage eingereicht. Bis zur Gerichtsentscheidung werden allerdings noch einige Getränke über die Theke gehen. Für die Zwischenzeit erarbeitet die Club Commission deshalb momentan mit dem Berliner Finanzamt eine „zeitgemäße“ Definition dessen, was „Party“ und was „Konzert“ ist. Ob der Gast seinen DJ nun anschaut oder ihm den Rücken zuwendet, soll nach den Club-Betreibern dabei künftig keine Rolle mehr spielen. **MAXIMILIAN WEINGARTNER**

Heute

Ohne Röntgenstrahlen

Die EU-Kommission hat einen Rechtsrahmen für den Einsatz von sogenannten Körperscannern auf Flughäfen verabschiedet, um den Gebrauch dieser Geräte in Europa zu vereinheitlichen. **Politik, Seite 5**

Farc behalten ihre Waffen

Es wachsen die Zweifel daran, dass die Guerrilla-Organisation „Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens“ nach dem Tod ihres Anführers Cano eine politische Lösung des Konflikts anstrebt. **Politik, Seite 7**

Essigbrätlein des Jahres

Andree Köthe ist laut „Gault Millau“ der „Koch des Jahres 2012“. Sein „Essigbrätlein“ in Nürnberg hätte die Auszeichnung ohne den Koch Yves Ollech wohl nicht bekommen. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

Hanebuth hört teilweise auf

Der Chef der Hannoveraner „Hells Angels“, Frank Hanebuth, zieht sich aus dem Steintorviertel zurück. Er sieht sich als Opfer einer beispiellosen Kampagne. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Pazifisch

Demnächst bricht der amerikanische Präsident Barack Obama nach Asien auf. Längst beschreibt er sein Land als eine pazifische Macht, für die China eine besondere Stellung einnimmt. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Angesehen

Marion Monti, ehemaliger Kommissar in Brüssel, soll jetzt in Ordnung bringen, was Silvio Berlusconi versäumt hat. Der parteilose Fachmann bekommt überall einen Vertrauensvorsprung. **Zeitgeschehen, Seite 10**

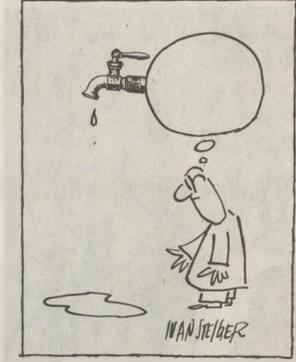
Monti führt Gespräche über Kabinett

„Schnell, aber mit Sorgfalt“ / Unklarheit über Amtszeit der neuen Regierung

jöh. ROM, 14. November. Der mit der Nachfolge von Ministerpräsident Silvio Berlusconi beauftragte Ökonom Mario Monti hat am Montag in Rom mit den Konsultationen für die Regierungsbildung begonnen. Er wolle „schnell, aber mit Sorgfalt“ verfahren, hatte er am Sonntagabend gesagt, nachdem ihm Präsident Giorgio Napolitano nach nur einem Tag der Beratungen mit allen Parteien den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt hatte. Nach den offiziellen Verlautbarungen der Parteiführer kann Monti mit einer breiten Mehrheit rechnen, wenn er laut der Planung sein Kabinett am Donnerstag dem Senat und am Freitag dem Abgeordnetenhaus präsentiert; doch gingen am Montag die Vorstellungen der Parteien über Aufgaben und Länge der Regierung Montis auseinander.

Napolitano gab dem bisherigen Präsidenten der Wirtschaftsuniversität Bocconi in Mailand den Auftrag, eine Regierung zu bilden, die „mit der breitestmöglichen Mehrheit im Parlament“ die dringend notwendigen Schritte unternimmt, „um unsere finanzielle Lage zu konsolidieren und unsere Aussichten auf wirtschaftliches Wachstum und sozialen Ausgleich zu verbessern“. Der Präsident forderte die Politik dazu auf, mit „höchster Ernsthaftigkeit und gegenseitigen Respekt“ Italien aus der Krise zu helfen. Kurz zuvor hatte sich Monti selbst an die Nation gewandt: Italien müsse schnell „wieder ein Element der Stärke in der EU sein“. Er wolle seine Aufgabe mit „tiefem Respekt“ für die politischen Kräfte lösen.

Zur selben Stunde sagte Berlusconi in einer Videobotschaft, er und sein „Volk der Freiheit“ (PdL) seien für eine starke „Regierung von Technokraten“ unter Monti, fügte indes hinzu, er gebe „so



Wahlkampfrede für den politischen Wiederaufstieg; dabei hatte Berlusconi dem Präsidenten am Samstag versichert, er wolle nicht noch einmal kandidieren. Tatsächlich sieht Berlusconi nach Aussagen seiner Vertrauten weiter als einigende Kraft im PdL.

Der Präsident der Region Lombardei, Roberto Formigoni, der Berlusconi Partei angehört, schrieb am Montag auf seiner Internetseite sinngemäß, das PdL sei „nicht gestorben“, sondern werde von

Berlusconi und Generalsekretär Angelino Alfano geführt. Vor einigen Tagen noch gehörte der einflussreiche Formigoni zu jenen, die Berlusconis Rückzug aus der Politik gefordert hatten. Alfano hatte Napolitano noch am Sonntag mitgeteilt, die PdL-Fraktionen in Abgeordnetenhaus und Senat würden geschlossen Monti stützen. Am Montag war in der Partei indes nur noch von „einer PdL-Mehrheit“ die Rede, die hinter Monti stehe. Zudem meldete sich der bisherige PdL-Minister für die wirtschaftliche Entwicklung, Paolo Romani, zu Wort und plädierte für Neuwahlen schon im Frühling. Allein Finanzminister Giulio Tremonti trage die Schuld an der Krise. Er habe die nötigen Reformen verhindert, die Monti in ein paar Monaten erledigen könne.

Am Montag blieb somit unklar, wie lange Monti regieren soll. Im Partito Democratico (PD), der großen linksbürgerlichen Oppositionspartei, wird von einer Frist bis zum Ende der Legislaturperiode Anfang 2013 gesprochen. Das christdemokratische Zentrum UDC plädiert hingegen dafür, dass Monti bis Ende 2013 regiert. Zunächst hatte es geheißt, Monti wolle nur zwölf Fachleute als Minister und keine Parteipolitiker, ein reines Kabinett der Technokraten. Jetzt verlautet, Napolitano habe ihn beauftragt, die neue Regierung solle das „Wahlergebnis von 2008 spiegeln“. Deswegen müsse über das Profil der Regierung mit den Parteien noch einmal beraten werden. Uneinigkeit gibt es auch darüber, ob Monti auch den politischen Apparat verschlanken soll; der PD und die kleinere Gruppe „Italien der Werte“ wollen auch die Reform des Wahlrechts in Montis Hände legen. Das will das PdL nicht. Im Januar wird mit einer richterlichen Entscheidung über eine Volksabstimmung zum Wahlrecht gerechnet.

Das Einnorden des Südens

Schon eine Änderung der Europäischen Verträge wäre heikel. Doch für eine stabile Währungsunion wäre wohl noch mehr nötig: Die Veränderung einer Kultur.

Von Klaus-Dieter Frankenberger

DEN HAAG, 14. November. Wie lange dauert ein „Übergang“? Wie lange soll also eine Übergangsregierung im Amt bleiben? Und, vor allem, zu welchem Zweck? Der neue, nicht zuletzt im Ausland hochgeschätzte griechische Ministerpräsident Lukas Papademos wird allgemein als Mann des Übergangs bezeichnet, als Technokrat, der das Land bis zu Neuwahlen im kommenden Frühjahr führen, es in den kommenden Monaten auf die Reformspur setzen und somit Athens Partner zufriedenstellen soll.

Seine neue Verwendung in aufgewühlten Zeiten verdankt der ehemalige Notenbankpräsident im Grunde einer Drohung. Als der Ministerpräsident Papandreu die angesichts der Umstände vielen Partnern tollkühn erscheinende Idee einer Volksabstimmung hatte, fielen die Europäer, also die Gläubiger Griechenlands, aus allen Wolken. Sie drohten ihm damit, die nächste Kredittranche zurückzuhalten, sollte er bei seinem Vorhaben bleiben. Der Fortgang der Geschichte einer Machtdemonstration ist bekannt: Papandreu steckte zurück, kündigte seinen Rücktritt an und begann mit der Suche nach einem Nachfolger, dem auch die konservative Opposition, mit der er bisher über Kreuz lag, zustimmen konnte. Die Wahl fiel, nach einigem Hin und Her, auf Papademos.

Griechenlands Gläubiger hoffen natürlich, dass der Nachfolger Papandreu sein politisches Schicksal selbst in den Händen hält, dass er also über hinreichend Kompetenzen und Autorität verfügt, um das verabredete Sparprogramm zu verwirklichen. Aber sie sollten jederzeit auf griechische Kapirofen gefasst sein. Die Europagruppe der „Trilateralen Kommission“, eine seit Jahren regelmäßig tagende Runde von Politikern, Wirtschaftsvertretern und Publizisten, bekam jetzt in Den Haag ein düsteres Szenario ausgemalt. Die maßgeblichen Parteien in Athen machten sich die Glaubwürdigkeit Papademos' nur zunutze, um an die kommenden Tranchen zu kommen, gab sich ein mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen bestens vertrauter griechischer Geschäftsmann überzeugt. Wenn die ausbezahlt würden, zunächst im Dezember und dann im Spätwinter, werde man ihn wieder absolvieren. Das dürfe nicht geschehen, warnte der Geschäftsmann; man dürfe das Land nicht wieder jenen Kräften anvertrauen, die es zerrütten hätten. Deshalb müsse die Troika den „großen Knüppel“ auch künftig schwingen: ohne Reformen keine (Kredit-)Hilfe.

Das war auch Teil der Botschaft des niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte. Griechenland und die anderen südlichen Mitglieder der Eurozone müssten beherzt Struktur Reformen ins Werk setzen, um wieder nachhaltiges Wachstum zu schaffen. Das ist, neben der Notwendigkeit der Haushaltsdisziplin, unabdingbar; es ist deshalb so schwierig, weil die europäischen Länder strukturell an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben.

Während im vergangenen Jahrzehnt die Lohnkosten in Deutschland mehr oder weniger konstant geblieben sind, stiegen sie in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien um ein Viertel bis ein Drittel. Nach Angaben der Weltbank ist das Produktivitätswachstum in allen anderen 23 EU-Ländern höher als in diesen vier Ländern; im Falle Griechenlands und Spaniens war es in den Jahren 2002 bis 2007 sogar negativ. Die Einführung der Gemeinschaftswährung war nicht die Initialzündung einer großen Reforminitiative, der Euro wurde vielmehr dazu verwendet (oder missbraucht), die heimische Wirtschaft vor Reformen zu schützen.

Pekings und Moskaus letztes Wort

Die Zeitung „La Charente Libre“ aus dem westfranzösischen Angoulême sieht den syrischen Machthaber Baschar el Assad zunehmend isoliert.

„El Assad hat geglaubt, er könne die Arabische Liga manipulieren und sie von seiner These eines internationalen ‚Komplots‘ gegen sein Regime überzeugen. Doch nun muss er sich eingestehen: Er hat immer weniger Unterstützung von außen. Noch lässt die zunehmende Isolierung des syrischen Regimes kein libysches Szenario erwarten wie damals, als die UN grünes Licht für eine Militärintervention gaben – nachdem die Arabische Liga einen ähnlichen Appell zum ‚Schutz der Zivilbevölkerung‘ lanciert hatte. Peking und Moskau haben noch nicht ihr letztes Wort gesprochen. Noch lehnen sie es ab, dass der ‚Fall Gaddafi‘ in Syrien Schule macht. Und somit wird der Paukenschlag der Arabischen Liga vielleicht nicht zu einer Wende in der syrischen Krise führen.“

Klare Entscheidung

Die britische Zeitung „The Times“ begrüßt den Beschluss der Arabischen Liga:

„Die Arabische Liga verdient deutliches Lob für ihre – voraussichtlich – feste Position. Die Entscheidung, Syrien auszuschließen, ist sogar noch mutiger als die Forderung nach einer Flugverbotszone über Libyen im März. Syrien ist viel größer und ein strategisch sehr viel wichtigeres Land mit engen Beziehungen zum Iran, zu Libanon und zur Hamas. In der internationalen Gemeinschaft wird Syrien zunehmend ausgegrenzt. Im UN-Sicherheitsrat sind im Oktober Sanktionen gegen Syrien am Veto Russlands und Chinas gescheitert. Die klare

Entscheidung der Arabischen Liga könnte beide Länder dazu bringen, ihre Haltung zu ändern. Und Assad sollte das Schicksal Muammar al-Gaddafi und Hosni Mubarak betrachten und sich fragen, welches ihm lieber wäre. Sollte es keines der beiden sein, muss das Blutvergießen enden.“

Druck von außen

Zum Abgang Silvio Berlusconi meint die niederländische Zeitung „de Volkskrant“:

„Korruption im politischen Establishment hat in Italien eine lange Tradition. Berlusconi ging dabei allerdings auffallend grell vor, er brachte das Pössenhafte in die Politik. Vergessen wir aber nicht, dass Berlusconi zum Premier Italiens gewählt worden war, und das mehr als einmal. Und es war keine Wahl, die seiner Regierung ein Ende machte, sondern Druck von außen. Weil Spekulanten die Zinsen auf Italiens Staatsanleihen in die Höhe trieben, blieb der EU, der EZB und dem IWF nichts anderes übrig, als Berlusconi durch einen mehr oder weniger fähigen Technokraten ersetzen zu lassen.“

Alles ändert sich

Zum selben Thema erläutert die Turiner Tageszeitung „La Stampa“:

„Mit einer letzten Videobotschaft am Sonntagabend hat Berlusconi noch einmal bewiesen, ein großer Kommunikator zu sein. Doch kann es keinem entgangen sein, dass diese letzte von der Anti-Berlusconi-Front gefürchtete Blitzaktion des Medienbosses es nur noch auf den dritten Platz in der Rangliste der öffentlichen Aufmerksamkeit schafft: nach den Videobotschaften von

Fortsetzung von Seite 1

Kritik am Verfassungsschutz

Ein Sprecher von Innenminister Friedrich sagte, die Innenministerkonferenz werde sich Anfang Dezember mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus und den jüngsten Ereignissen ausführlich befassen. Dabei soll es auch um Verbesserung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes gehen. Das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestages will sich in einer Sondersitzung bereits an diesem Dienstag mit dem Fall und eventuellem Versagen bei Nachrichtendienstleistungen befassen. Staatsministerin Böhmer (CDU) sagte dieser Zeitung: „Wir müssen jetzt Klarheit über die Rolle des Verfassungsschutzes gewinnen. Hier muss eine sehr, sehr schnelle und lückenlose Aufklärung erfolgen. Wir müssen wissen, warum offensichtlich das Zusammenspiel zwischen Polizei und Verfassungsschutz nicht funktioniert hat.“

Im Bezug auf ein neues NPD-Verbotsverfahren äußerte sich der Vorsitzende

des Innenausschusses des Bundestages, Bosbach (CDU), skeptisch. „Ein erneutes Verfahren würde Jahre dauern“, gab er zu bedenken. Wenn in immer kürzeren Abständen ein solcher Schritt gefordert werde, der dann doch nicht komme, hinterlasse der Staat einen „hilf- und kraftlosen Eindruck“. Voraussetzung für ein solches Verfahren wäre der Abzug von Verbindungsleuten der Sicherheitsbehörden aus den Führungs- und Funktionsebenen der NPD. Auch Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger machte Zweifel geltend. Sie sprach sich gegen ein neues NPD-Verbotsverfahren aus, solange die Rechtslage nicht eindeutig sei. Zunächst müsse geklärt werden, welche Aussagen tatsächlich den NPD-Verantwortlichen und welche den Verbindungsleuten des Verfassungsschutzes zuzurechnen sei. Genau daran sei das NPD-Verbot vor mehreren Jahren gescheitert. „Wenn wir eine neue Sachlage haben, kann man darüber nachdenken“, sagte die Ministerin.

Fortsetzung von Seite 1

Merkel verteidigt ihren Kurs

Der Bundesfinanzminister versicherte, eine Finanzierung durch die Europäische Zentralbank (EZB) werde es nicht geben. Griechenland sei ein Sonderfall. Aber auch hier gehe es um „Hilfe zur Selbsthilfe“, sagte Schäuble. Zu Forderungen nach einem Ausscheiden von Schuldenstaaten aus der Eurozone sagte Schäuble: „Wir werden keinen rauswerfen, keinen rausdrängen. Wer es nicht tragen kann, muss selbst für sich entscheiden, aber wir wollen Solidarität mit allen.“

Am Nachmittag diskutierte der Parteitag über das Thema Mindestlohn. Mit einem Kompromiss, der am Sonntag gefunden wurde, hatte die CDU-Führung einen offenen Streit zwischen Arbeitnehmer- und Wirtschaftsflügel zu verhindern gesucht. Nach der Kompromissformulierung soll es in Deutschland künftig in Branchen, in denen keine Tarifverträge existieren, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze geben. Diesen Mindestlohn soll eine Kommission der Tarifpartner aushandeln. Sie kann dabei auch „weitere Differenzierungen“ vornehmen, etwa nach Regionen und Branchen. Darauf soll die Politik aber keinen Einfluss nehmen.

Frau Merkel sagte in ihrer Rede, auch in Deutschland gebe es Unternehmen, die sich einen „Wettbewerb um die niedrigsten Löhne“ lieferten. Dies könne man nicht akzeptieren, deshalb sei sie froh, dass die CDU-Arbeitnehmerschaft (CDA) dieses Thema aufgebracht habe. Es sei nicht vereinbar mit einer menschlichen Gesellschaft, wenn Menschen zwei oder drei Jobs hätten und davon

trotzdem nicht leben könnten, sagte Bundeskanzlerin. Sie versicherte: „Niemand von uns möchte einen einheitlichen flächendeckenden Mindestlohn.“ Die CDU sei vielmehr überzeugt, dass die Tarifautonomie als wesentlicher Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft so gestärkt werden könne. Es sei aber Realität, dass längst nicht mehr so viele Beschäftigte wie früher nach Tariflöhnen bezahlt würden. Die CDU wolle dort eine Lohnuntergrenze, wo es bislang keine tarifliche Untergrenze gebe.

Der CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann sagte, der Arbeitnehmerflügel habe seine wichtigsten Ziele erreicht. Nach dem Kompromiss werde es eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze geben, sagte Laumann, der auch CDU-Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag ist. Klare Orientierungsmarke für die Höhe seien die Branchenmindestlöhne. Diese lägen mehrheitlich zwischen sieben und neun Euro, also sogar im Schnitt höher als der ursprünglich als Maßstab anvisierte Mindestlohn in der Zeitarbeit.

Frau Merkel hatte eine Anknüpfung an die Zeitarbeit vorige Woche verworfen. Der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU, Josef Schlarmann, sagte, er sei mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden. Denn damit seien auch künftig differenzierte Lösungen nach Branchen und Tätigkeiten möglich. Schlarmann kritisierte die CDU-Spitze aber, weil sie das Thema überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt habe. Dies sei ein „wahltaktischer Fehler“.



Blick zur Mitte: Schäuble, von der Leyen und Schavan (von links) F.A.Z.-Foto Daniel Pflar

STIMMEN DER ANDEREN

Führung bleibt zerstritten

Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert den Parteitag der FDP:

„Dass die Liberalen mit diesem Parteitag die Trendwende schaffen, die ihnen bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im kommenden Mai zum Wiedereinzug ins Parlament verhelfen soll, ist nicht anzunehmen. Trotz Röslers und Westerwelles Kampfrhetorik bleiben sie zerstritten. Klarheit wird frühestens einkehren, wenn Mitte Dezember der Mitgliederentscheid zum ESM (dauerhaften Rettungsschirm ab 2013) über die Bühne gegangen ist. Bleibt die FDP schwach, wird sie in den strategischen Überlegungen von Bundeskanzlerin Merksels eine immer geringere Rolle spielen. Schon jetzt öffnet sich die CDU sukzessive den möglichen künftigen Koalitionspartnern, den Sozialdemokraten und den Grünen.“

Nicht weitergekommen

Die französische Regionalzeitung „Le Télégramme“ aus Brest bemerkt zur Lage in Syrien:

„In Wirklichkeit hat wie Frankreich, die Vereinigten Staaten und Israel der gesamte Westen keine Lust, dass sich die Gleichgewichte (im Nahen Osten) verschieben. Das Problem ist aber, dass Baschar el Assad einen Wahnsinn und eine Gewalt an den Tag legt, dass er sich so sehr in eine Flucht nach vorne gestürzt hat – indem er sogar Botschaften von Ländern, die ihm missfallen, demolieren lässt – dass die Dinge so nicht mehr weitergehen können. Doch auch wenn wir das einmal gesagt haben, sind wir nicht weitergekommen. Die Wochen, die nun kommen werden, könnten noch schlimmer werden.“

seinem frisch beauftragten Nachfolger Mario Monti und von Staatspräsident Giorgio Napolitano.“

Nicht mehr ertragen

Die Zeitung „Paris-Normandie“ aus Rouen bleicht auf die Schuldenkrise in Italien und Griechenland:

„Die Märkte haben Berlusconi und Papandreu das Ende gegeben – nach dem Iren Brian Cohen im November 2010 und anschließend dem Portugiesen Socrates. In Spanien kann sich Zapatero in seiner eigenen Partei, die sich auf eine historische Wahlfriederlage vorbereitete, nicht um ein neues Mandat bemühen. Selbst Angela Merkel und Nicolas Sarkozy – die schnell dabei sind über die Unfähigkeit der anderen zu schimpfen – liegen in den Meinungsumfragen weit unten. Die Regierungen kommen aber nicht wegen ihrer Untätigkeit angesichts der Krise zu Fall. Sie stürzen, weil die Völker die immer exzessiveren Sparmaßnahmen, die ihnen auferlegt werden, nicht mehr ertragen.“

Beängstigende Leere

Die französische Zeitung „Dernières Nouvelles d'Alsace“ betrachtet den Streit zwischen Grünen und Sozialisten in Frankreich um die Atomkraft:

„Die Verhandlungen zwischen den Grünen und den Sozialisten über die Atomkraft zeigen ein trostloses Bild einer Konfrontation zwischen zwei unterschiedlichen Vorstellungswelten. Die Kompromisslosigkeit (der grünen Spitzenkandidatin) Eva Joly ist dabei wenig hilfreich, doch auch die kategorische Gewissheit des (Sozialisten) François Hollande bringt die festgefahrene Situation nicht weiter.“

LEIPZIG, 14. November
Es schien, als wolle Angela Merkel die CDU auf schlimmere Zeiten vorbereiten. Es schien, als suche die CDU-Vorsitzende nach Wegen, der Partei künftig Entscheidungen abzuverlangen, die derzeit durchzusetzen unmöglich wäre. Es schien, als werbe die Bundeskanzlerin für neues Handeln in neuen Herausforderungen. Sie dürfte registriert haben, dass das nicht bedingungslos und umstandslos geschehen werde. Gehemmt war der Beifall während ihrer Rede gewesen, die – sechzig Minuten lang – einem Bitten um Unterstützung gleich und einem Erklären, es gehe um alles oder nichts in Europa. Sämtliche andere Passagen der Rede und, weil diese sich als Zentrum des ansonsten streitarmen Parteitag zu erweisen hatte, sämtliche andere Themen des Parteitag gerieten in den Hintergrund. Jede politische Generation, hat sie gerufen, habe ihre spezifische politische Herausforderung. Nun sei – angesichts der Gefahren für den Euro – zu beweisen, den Augenblick der Krise zu einer „Wende zum Guten“ nutzen zu können. Es müsse an der Zukunft Europas gebaut werden. „Das heißt nicht weniger Europa, das heißt mehr Europa.“ Früher sei in der Europäischen Union nicht klar gewesen, ob man der politischen Integration mehr durch Schweigen über die Lage in anderen Mitgliedsstaaten oder mehr durch Einmischen diene. Heute sei klar: Die Sorgen Irlands seien spanische Sorgen – und italienische Probleme seien deutsche. Sie sagte, sie wiederhole den Satz: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ Von ungewohnten Entscheidungen sprach sie, die jeden Tag zu treffen zu ein. Dann rief sie werbend, es sei „wichtig, eine Partei hinter mir zu haben, die einen festen Kompass hat.“ Es mag zur Dramaturgie der Rede gehört zu haben, dass es – mindestens zwischenzeitlich – die Anweisung gab, diese erst Wochen später im offiziellen Parteiprotokoll zu veröffentlichen.

Frau Merkel kennzeichnete nicht die Einzelheiten dessen, was in den Krisen der Währungspolitik alles noch auf Deutschland zukommen könne, und damit auf die Bundesregierung und ihre Partei, die CDU. Sie ging nicht auf Spekulationen ein, die Krise werde sich durch begrenzte oder begrenzbare Inflation beheben lassen oder auch automatisch dazu führen. Sie ging auch nicht auf Erwartungen ein, der Druck innerhalb Europas und innerhalb des Euro-Raumes werde wachsen, auch wichtigere Wirtschaftsregionen Nationen als Griechenland tatkräftig – und das heiße letzten Endes: auch finanziell – zu unterstützen. Sie beließ es bei einem: „Wir sind alle Teil einer europäischen Innenpolitik.“ Sechzig Mal habe es Verstöße gegen den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gegeben. Nun sei es an der Zeit, automatische Sanktionen einzuführen und auch Klagerechte. Außer dem ziemlich leicht zu bekommenen Beifall, als sie SPD und Grüne in Baden-Württemberg und deren Stuttgart-21-Politik kritisierte, war dies die einzige Stelle während der Rede Frau Merkels, die laut beklatscht wurde.

Die Kanzlerin suchte zu dramatisieren: „Europa ist unsere Schicksalsgemeinschaft.“ Und: „Es ist Zeit für einen Durchbruch zu einem neuen Europa.“ Sowie: „Wir brauchen Europa, damit es Deutschland gut geht.“ Frau Merkel erwähnte nicht die Überlegungen, auch in der Bundesregierung, im Zuge neuer europäischer Verträge könne es zu Debatten über Volksentscheide in Deutschland kommen – und sei es durch eine neue Verfassung,



„Habe eine Partei hinter mir, die einen festen Kompass hat“: Angela Merkel am Montag in Leipzig

F.A.Z.-Foto Daniel Pilar

Das Zucken der Kompassnadel

Angela Merkel ließ es in ihrer Rede auf dem Parteitag in Leipzig nicht an dramatischen Bildern mangeln. Von Europa als einer „Schicksalsgemeinschaft“ war da die Rede. Der magere Beifall der Delegierten deutet darauf hin, dass sie der historischen Stunden müde sind. *Von Günter Bannas*

die durch eine Volksabstimmung nach Artikel 146 des Grundgesetzes zustande kommen könne. Längst sei es nicht so weit, heißt es. Wahrscheinlich würden die Vertragsänderungen in der EU so technisch und so kleinteilig ausfallen, dass sie nicht dem Wert einer Verfassungsänderung entsprächen. Und deshalb wurde als Erklärung verbreitet, Frau Merkel habe in ihrer Rede die europäische Dimension gegeben, um eine Grundlage für Entscheidungen zu schaffen, die im Vergleich zur heutigen Regierungsposition eine – von außen erzwungene – Wende bedeuten würden. „Es ist keine leichte Aufgabe, ein neues Europa zu schaffen. Aber wir haben keine Wahl.“

Der vermeintliche rednerische, weil inhaltlich umstrittene Höhepunkt des Parteitag, die Debatte über Mindestlöhne also, fiel aus. Am Sonntagnachmittag im Parteipräsidium: Die unterschiedlichen Vorstellungen von Lohnuntergrenzen – ob allgemein oder verbindlich oder gar gesetzlich, ob branchenbezogen oder regional begrenzt – wurden vorgetragen. Ursula von der Leyen, die Bundesarbeitsministerin, war für Lohnuntergrenzen, aber gegen einen Bezug auf die Zeitarbeit. Norbert Röttgen, Umweltminister und nordrhein-westfälischer CDU-Vorsitzender, war für eine Orientierung an der

Zeitarbeit. Frau Merkel war dagegen. Karl-Josef Laumann, der Vorsitzende der Sozialausschüsse hätte am liebsten noch mehr gehabt. Frau Merkel bat um Konsenssuche. Hermann Gröhe, der Generalsekretär, hatte das Gespräch zu moderieren. Die Sache gelang, und am Ende gaben sich alle zufrieden, weil sie den Text in ihrem Sinne auslegen konnten. Der Konflikt war entschärft. Manche Delegierten mögen es bedauert haben. Andere in der Parteiführung sorgten sich, ob sich der Parteitag nun ein neues Ventil suche. Die Rede der Parteivorsitzenden wurde jedenfalls nicht von einem drohenden Konflikt überschattet. Ausdrücklich sogar dankte sie den Sozialausschüssen, diese Debatte angestoßen zu haben.

Sogar dem – bei den meisten CDU-Politikern der Gegenwart – vermaledeiten Leipziger Parteitag im Jahre 2003 gewann Frau Merkel, die damals schon Vorsitzende war, etwas Gutes ab. Damals, rief sie heute, habe die Überschrift gelaute: „Deutschland kann mehr.“ Nun könne sie sagen: „Wir haben unser Ziel erreicht.“ Und: „Wir haben unser Land vorangebracht.“ Mit dem Mittel der rhetorischen Frage operierte sie – wie übrigens später auch andere Redner. „Warum konnte uns das gelingen?“ Als Antwort gab sie an,

die CDU habe seit 65 Jahren einen Kompass, denselben Kompass. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sowie die soziale Marktwirtschaft und das christliche Menschenbild zählte sie auf. Begeistert waren die Delegierten nicht. Mäßig war der Beifall – unterhalb der Schwelle des Pflichtgemäßen eigentlich. Wie in einer Punktation zählte sie Herausforderungen auf: Aufstände in Nordafrika, Atomkatastrophe in Japan, Krise des Euro, sogar Entwicklungen des Internet nannte sie und auch den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und Indiens, dazu noch die demographische Entwicklung in Deutschland. „Wir leben in Zeiten epochaler Veränderungen.“ Einige Delegierte klatschten dann doch. Es gelte der Kompass, rief Frau Merkel. Doch wer heute noch die Antworten von vor 30, gar 60 Jahren gebe, der „unterschätzt das Leben einer Volkspartei“. Immer habe die CDU neue Antworten auf neue Fragen gefunden. „Das macht die Stärke der CDU aus.“ Auch auf andere Weise suchte sie Kritiker des konservativen Flügels – politisch gesehen – den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Hauptschule werde nicht abgeschafft, das Gymnasium werde erhalten, die Familie sei Kern der Gesellschaft, der „Staatsbürger in Uniform“ bleibe Leitbild.

Falls es zur Kongressakt Frau Merkels gehört haben sollte, mit europapolitischen Herausforderungen dem Parteitag die Anlässe zur Kritik an der Arbeit der Parteispitze und der Bundesregierung vorzuhalten, ging diese am Nachmittag auf. Mit der Aussprache über ihre Rede konnte Frau Merkel zufrieden sein. Ein Berliner Delegierter kritisierte die Kritiker der Parteiführung. Einer aus Baden-Württemberg leitete seine Anmerkung „Wer den Zeitgeist heiratet, kann leicht Witwer werden“ mit einem ausdrücklichen Dank an die Parteivorsitzende ein. Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer lobte, es sei Zeit, Führung zu übernehmen. Jost de Jager aus Schleswig-Holstein rief, er wolle im nächsten Jahr Ministerpräsident werden. Volker Bouffier, Ministerpräsident in Hessen, bekundete, er werde Jost de Jager unterstützen. Allenfalls Bouffier hätte sich, gab er ziemlich indirekt zu erkennen, etwas mehr Dynamik in der Rede Frau Merkels gewünscht. Sie sei „ein wenig zurückhaltend“ dabei gewesen, wie groß das Ansehen Deutschlands in der Welt gewesen sei. „Wenn wir das nicht selbst sagen, wer sagt es dann?“, fragte er. Immerhin hatte Frau Merkel am Schluss ihrer Rede gerufen: „Wir verzagen nicht. Wir jammern nicht. Wir nörkeln nicht.“

Betreute Wahlfreiheit

Die Nachbearbeitung des Familienbilds in der CDU

Von Stephan Löwenstein

LEIPZIG, 14. November. Der Delegierte Eugen Adler aus dem CDU-Kreisverband Ravensburg gab als erster den Konservativen eine Stimme, als beim Bundesparteitag in Leipzig die Aussprache über die Rede der Parteivorsitzenden begonnen hat. Er hatte ein paar konkrete Punkte, zum Beispiel die Familienpolitik. „Investitionen in Familien wären besser als Milliarden in Krippenplätze.“ Für die in der Partei, die so denken, hat die Parteispitze, getrieben von der CSU, ein Zugeständnis in der Koalition vereinbart: das sogenannte Betreuungsgeld. Diese staatliche Leistung soll gezahlt werden, wenn Kleinkinder unter drei Jahren nicht in einer öffentlichen Kindertagesstätte betreut werden, so die Einigung der Koalition vor einer Woche.

Damit wurde freilich eine Gruppe in der Partei überrascht, die das Betreuungsgeld mindestens ebenso leidenschaftlich ablehnt, wie es von einem wie Adler befürwortet wird. Sie sind hauptsächlich in der Frauen-Union organisiert, und es waren auch die organisierten Frauen in der Bundestagsfraktion, die zu Wochenbeginn heftig protestierten. Scharf antwortete der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder in der Fraktionssitzung am Dienstag. Ein Konflikt drohte sich aufzuschaukeln vor dem Parteitag. Um den Konflikt zu entschärfen, traf sich Kauder am Freitag mit den Frauen in der Fraktion und entschuldigte sich für mögliche Missverständnisse.

In ihrer Rede setzte sich die Bundeskanzlerin und CDU-Bundesvorsitzende für das Betreuungsgeld ein. „Die Familien müssen geschützt werden, aber auch das Recht haben, ihre Entscheidung zu treffen, wie sie Beruf und Familie miteinander verbinden“, sagte sie. „Unser Familienbild ist das der Wahlfreiheit. Wir haben uns immer schwer damit getan, weil jeder eine andere Meinung hatte.“ Das Betreuungsgeld sei ein Zeichen an die Eltern, die sich entscheiden, ihre Kinder für einige Zeit selbst zu betreuen.

Nach den Vorstellungen der Union – auch die CSU-Politikerin Christine Haderthauer bekräftigte am Montag diese Auffassung – soll das Betreuungsgeld dabei nicht davon abhängen, ob ein Elternteil auf Erwerbsarbeit verzichtet, sondern nur davon, ob ein Krippenplatz in Anspruch genommen wird. Für diese Deutung hatte sich zuvor Familienministerin Kristina Schröder starkgemacht, auch um dem hässlichen Wort von der „Herdprämie“ entgegenzuwirken.

Ein andere Frage blieb hingegen unbeantwortet: Woher soll das Geld kommen. Dabei hatte keiner das Problem so treffend auf den Punkt gebracht wie der Delegierte Adler aus Ravensburg in seiner Philippika wider den Zeitgeist: „Neue Schulden machen, ist nicht Sparen. Das hat mit den Grundsätzen einer schwäbischen Hausfrau nichts zu tun.“

PROJEKT
VOLLBESCHÄFTIGUNG

INITIATIVE
Neue Soziale Marktwirtschaft

facebook.com/Marktwirtschaft inism.de

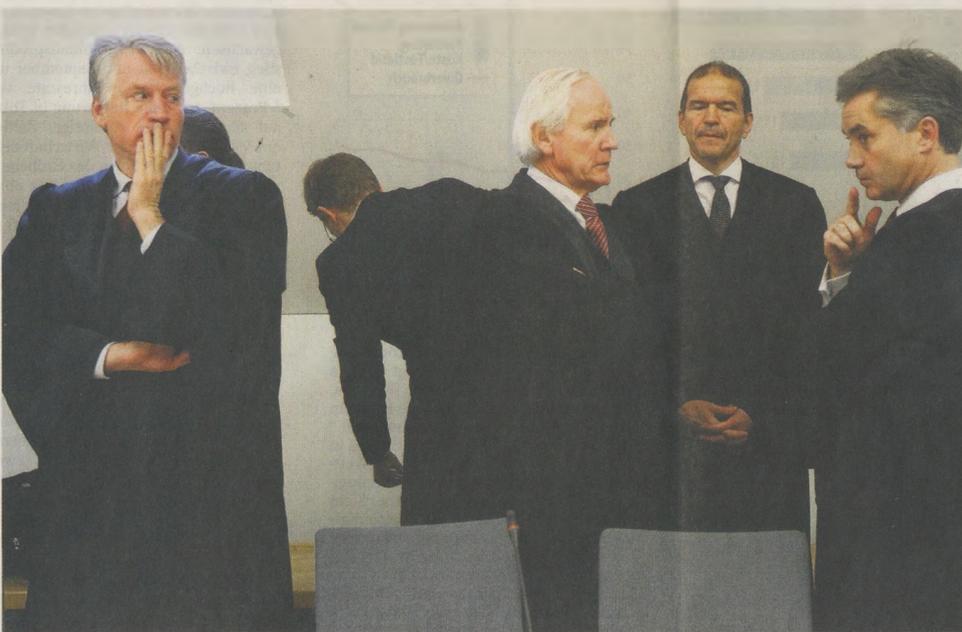
Ermittlungsverfahren gegen Josef Ackermann

Die Münchner Staatsanwaltschaft wirft dem Deutsche-Bank-Chef Falschaussage im Kirch-Prozess vor

hpe. MÜNCHEN, 14. November. Gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Josef Ackermann, und drei weitere Manager des Instituts ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Die Münchner Staatsanwaltschaft wirft Ackermann sowie den drei ehemaligen Vorständen Prof. Dr. Breuer, Clemens Börsig und Tessen Heidebreck Versuchsdelikt des Prozessbetrugs und unethische Falschaussage im Rechtsstreit mit dem inzwischen verstorbenen Medienunternehmer Leo Kirch vor. In der vergangenen Woche hatten die Ermittler das Vorstandsbüro in der Deutschen Bank durchsucht, bei Ackermanns Amtsvorgänger Breuer wurden sie sogar in dessen Villa in Frankfurt und einer Ferienwohnung in Kitzbühel vorstellig.

Bekanntgeworden sind die Vorfälle am Montag durch die Anwälte der Deutschen Bank. Sie beschwerten sich nicht nur über das Vorgehen der Staatsanwaltschaft, sondern lehnten auch die Richter des Münchner Oberlandesgerichts wegen Befangenheit im Kirch-Prozess ab. „Zwischen Gericht und Staatsanwaltschaft ist es zu unzulässigen Absprachen gekommen“, sagte Verteidiger Manfred Wolf. Dies habe sich bei einer Akteneinsicht am vergangenen Freitag gezeigt, welche die Deutsche Bank die Hausdurchsuchungen beantragt hatte. Das Zivilverfahren (Akt: 5U 2472/09) vor dem Oberlandesgericht geht auf ein Interview von Breuer im Februar 2002 zurück. Breuer, damals Vorstandssprecher der Deutschen Bank, zweifelte öffentlich an der Kreditwürdigkeit Kirchs.

Nur acht Wochen nach dem Interview musste Kirch Insolvenz anmelden, machte daraufhin Breuer für die Pleite seines Film- und Fernsehimperiums verantwortlich und forderte mehrere Milliarden Euro Schadensersatz. Breuer, so die Argumentation der Kirch-Seite, habe spontan eine Gelegenheit genutzt, die Interessen der Deutschen Bank gegenüber Kirch durchzusetzen. Vertreter der Deutschen Bank äußerten sich am Montag besorgt, das Gericht könnte dieser „Verschwörungstheorie“ folgen. Aus ihrer Sicht war Breuers Bemerkung nur ein „Unfall“, es habe keinen Plan zur Verwertung der Kirch-Insolvenzmasse gegeben. Im März hatte die Bank



Besorgt: Die Anwälte der Deutschen Bank lehnen die Richter im Kirch-Prozess wegen Befangenheit ab.

Foto Reuters

ein Vergleichsangebot des Vorsitzenden Richters Guido Kotschy über 775 Millionen Euro abgelehnt. Damit wären alle Ansprüche von Kirch gegen die Bank erledigt gewesen. So wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt. Im Mai mussten Ackermann, Börsig und von Heydebreck als Zeugen in dem Zivilprozess aussagen.

Für die Gegenseite ist der Befangenheitsantrag nun „ein Pfiff aus dem allerletzten Loch“, wie Kirch-Anwalt Peter Gauweiler sagte. „Den Anstoß zu dem Ermittlungsverfahren haben Ackermann und Konsorten durch ihre abgestimmten Zeugenaussagen selbst gegeben.“

Für Ackermann könnte das Ermittlungsverfahren wiederum unangenehme

Konsequenzen haben bei seinem Versuch, auf der Hauptversammlung im Mai 2012 vom Vorstandsvorsitz nahtlos in den Aufsichtsrat gewählt zu werden, um dort Börsig an der Spitze abzulösen. Für seine Nominierung müsste Ackermann 25 Prozent der Stimmrechte auf sich vereinen, was am ehesten durch eine Bündelung von Stimmen der Fonds erreichbar wäre. Doch insbesondere angelsächsische Fonds könnten nun nicht mehr in Frage kommen: In ihren Anlagegrundsätzen ist das Votum für Manager, die in Konflikt mit der Justiz geraten sind, oft ausgeschlossen. Großaktionäre der Deutschen Bank sind neben anderen die Fonds Capital Research und Black Rock.

Der frühere Aufsichtsratsvorsitzende Breuer steht wegen des Verdachts auf Prozessbetrug am 24. November in München vor Gericht. Auch diese Anklage hatte er sich in einem Verfahren mit Kirch eingehandelt. In dem strittigen Zivilverfahren müssen nun andere Richter über den Befangenheitsantrag der Deutschen Bank entscheiden. Der Vorsitzende Richter Kotschy brach die Verhandlung nach einer halben Stunde ab. Zur Zeugenaussage der Verlegerin Friede Springer kam es nicht mehr. Sie hatte schon im Saal Platz genommen, als sie vom Richter wieder entlassen wurde. Ob sie Auslagen habe, wollte Kotschy noch wissen. „Die übernehme ich“, sagte die Verlegerin und ging.

Heute

Die Macht des Opec-Kartells
Unkonventionelle Ölfunde nähren die Hoffnung nach mehr Unabhängigkeit vom Ölkartell. Doch der steigende Verbrauch in der Welt stützt die Macht der Opec. **Seite 12**

Die Wege zum Mindestlohn
Drei Möglichkeiten gibt es in Deutschland, Lohnuntergrenzen für allgemeinverbindlich zu erklären. Wie genau sich die Idee der CDU in dieses Bild einfügt, ist gegenwärtig noch unklar. **Seite 13**

Solarbranche dümmert dahin
Die jüngsten Quartalszahlen der Branchenriesen Solarworld und Q-Cells zeigen: Die Auslese in der Sonnenstrombranche dürfte sich beschleunigen. **Seiten 14, 23**

Hochtief droht ein Verlust
Der Essener Baukonzern muss wegen Verzögerungen beim Verkauf der Flughafenpartie und Risiken an griechischen Mautstraßen 2011 einen Verlust befürchten. **Seite 14**

Unabhängig, diplomatisch
Mario Monti begibt sich auf einen schwierigen Weg: vom EU-Kommissar zum Ministerpräsidenten Italiens, also eines Landes in schwerer Bedrängnis. **Seite 16**

Commerzbank unter Druck
Im Kampf gegen abermalige Staatshilfe verliert die Commerzbank demnächst ihren Finanzvorstand. Das Motto des Instituts heißt jetzt: „Kampfen und sparen“. **Seite 17**

Rauhreif über der Schweiz
Nach einem schwachen Sommer befürchtet der Schweizer Tourismus einen schlechten Winter. Der starke Franken verfestigt das Bild einer teuren Ferienregion. **Seite 22**

EZB halbiert die Käufe von Staatsanleihen

Bundesbank wehrt sich gegen politischen Druck / Italien plaziert Anleihen nur mit Mühe

maf./ruh. FRANKFURT, 14. November. Die Europäische Zentralbank hat in der vergangenen Woche ihre Anleihekäufe zugunsten finanzschwacher Eurostaaten unerwartet gesenkt. An den fünf Handeltagen von Donnerstag bis Mittwoch kauften die Notenbanken des Eurosystems Schuldtitel für knapp 4,5 Milliarden Euro. In der Vorwoche hatten sie für diesen Zweck noch rund 9,5 Milliarden Euro ausgegeben. Viele Marktbeobachter hatten damit gerechnet, dass der jüngste Wochenwert wegen der Zuspitzung der italienischen Schuldenkrise deutlich höher sein würde. Seit Beginn der Anleihekäufe im Mai 2010 haben die Euro-Notenbanken nun für mehr als 190 Milliarden Euro auf dem Anleihemarkt interveniert.

Welche Titel gekauft wurden, teilte die EZB nicht mit, von Händlern war jedoch zu hören, dass in den vergangenen Tagen wie schon in den Vorwochen vor allem spanische und italienische Anleihen erworben wurden. An den beiden letzten Tagen der Vorwoche, die in dem Wochenwert nicht enthalten sind, und am Montag sei die EZB weniger aktiv gewesen, hieß es im Handel. Allerdings sind solche Einschätzungen mit einiger Unsicherheit behaftet, weil die Händler immer nur einen kleinen Teil des Marktes überblicken und manche Investoren auch direkt an die Zentralbank verkaufen.

Ein Ende der Staatsanleihekäufe durch die Europäische Zentralbank (EZB) hat Bundesbankpräsident Jens Weidmann gefordert. In seiner Rede auf der Bankenkonferenz Euro Finance Week in Frankfurt sagte er: „Die Geldpolitik kann und darf Solvenzprobleme von Staaten und Banken nicht lösen.“ Mit jedem Rückschlag im Bemühen der Politik um eine Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise steige der Druck auf die Geldpolitik. Wenn diese aber ihr Mandat, Preisstabilität zu gewährleisten, immer weiter dehne oder sogar gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verstöße, stehe deren Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Nach Ansicht von Weidmann muss die Vereinnahmung der Geldpolitik für finanzpolitische Zwecke auch deshalb beendet werden, weil hierdurch letztlich der Druck auf die Politik nachlasse, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Eine Finanzierung des Rettungsfonds EFSF durch die Zentralbank lehnte Weidmann in seiner Rede abermals ab. Die Grenzen zwischen Fiskal- und Geldpolitik drohten dann zu verschwinden. Allerdings äußerte er sich in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der „Financial Times“ erstmals verhalten positiv über eine

Hebelung des Fondsvolumens durch staatliche Garantien. „Ich will nicht sagen, dass die Hebelung nicht nützlich ist“, sagte Weidmann. Allerdings würden auch die im Schadenfall zu erwartenden Verluste dadurch gesteigert.

Der Bundesbankpräsident lehnt weitere Hilfen für Italien ab. Während Griechenland Hilfen benötige, um die notwen-



Protest in Rom

Foto dpa

digen strukturellen Reformen durchzusetzen, könne Italien seine Schwierigkeiten aus eigener Kraft meistern, sagte er. Trotz des bedenklich hohen Schuldenbergs des Staates verfüge das Land über leistungsfähige Unternehmen und über vergleichsweise gering verschuldete Privathaushalte. „Worauf es ankommt, ist der politische Wille“, sagte er. Den Haushalt zu konsoli-

dieren, müsse jeder Staat grundsätzlich selbst leisten, sagte Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen, der zum Jahreswechsel neuer Chefvolkswirt der EZB wird. Wenn die Länder dazu nicht in der Lage seien, werde ihnen wie im Fall von Portugal und Irland geholfen. Griechenland bezeichnete Asmussen als Sonderfall, da die bisherigen Hilfen nicht ausgereicht hätten. Laut Asmussen hat Deutschland mit der Schuldenbremse frühzeitig auf die steigende Schuldenlast reagiert und dies sei in Europa größtenteils verstanden worden: „Die Schuldenbremse wird ein erfolgreiches Exportmodell.“

Der italienische Staat wird sich jedoch allenfalls langfristig mit einer Schuldenbremse beschäftigen können. Derzeit muss er weitere Schulden machen und hat große Schwierigkeiten, genügend Gläubiger zu finden. Am Montag gelang zwar die Aufstockung einer fünfjährigen Anleihe um 3 Milliarden Euro. Doch dafür musste Italien einen Zins bieten, der in dieser Laufzeit noch nie so hoch war seit Einführung des Euro. Sofern Italien stets pünktlich zahlt, können die Investoren, die bei der Emission zugriffen, eine jährliche Rendite von 6,29 Prozent erwarten. Bei dieser Rendite übersteigen die Kaufpreisen der Anleger die von Italien angebotenen Anleihen um rund 40 Prozent. Doch schon wenige Stunden später werden viele der Anleger ihre Risikofreude bedauert haben. Händler berichteten, dass die Anleihen, die in der Auktion für 93,73 Prozent des Nennwerts verkauft wurden, nur noch 93,0 Prozent wert waren. Für den Anleihemarkt ist das ein ungewöhnlich hoher Kursverlust, der die Nachfrage bei künftigen Anleiheauktion belasten könnte.

Großes Misstrauen gegenüber Italien



FIRMENINDEX	Seite	Berkshire Hathaway	23	Eurohypo	17	Hochtief	15	Metro	16	SMA	16
		Boss	16, 22	Galeria Kaufhof	16	IBM	23	Netafim	20	Société Générale	24
		Chow Tai Fook	23	Generali	18	Interseroh	16	Permira	16, 22	Solarworld	14, 22, 23
Agco	20	Claas	20	GfK	16	Kion	18	Q-Cells	14, 22, 23	Tata Motors	16
Apple	18	Commerzbank	17	H&R	16	Liefheit	18	Roland	18	Unicredit	14
Bank of America	16	Deutsche Bank	11	Haspa	16	Lyxor Asset Managem.	24	SAG Solarstrom	16	Volkswagen	14
Bauer	16	Deutsche Börse	17	Hewlett-Packard	18	Manz	16	SHW	16	W&W	18

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einheitliche Schranke

Von Kerstin Schwenn

Neue Antworten auf epochale Veränderungen wolle die CDU geben, verspricht die Bundesvorsitzende Angela Merkel in Leipzig. Um den „Wettbewerb von Unternehmen um die niedrigsten Löhne“ einzudämmen, soll bald dort eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze gelten, wo es heute keine Tarifverträge gibt. Festlegen soll diesen Mindestlohn eine Kommission der Tarifpartner, eventuell mit „weiteren Differenzierungen“. Merkel sieht so die Tarifautonomie gestärkt. Doch ist abzusehen: Um den Mindestlohn anwendbar zu halten, werden kommissionierende Arbeitgeber und Gewerkschaften allenfalls zwischen Ost und West unterscheiden, kaum aber weitere Öffnungen nach unten zulassen. Entgegen Merckels Beteuerung wird sich am Ende also ein weitgehend einheitlicher Mindestlohn per Gesetz auf das Land erstrecken. Der Eingriff könnte fatal wirken. Schon die Evaluation der acht Branchenmindestlöhne, die entgegen anderer Auslegung zum Teil negative Wirkungen auf die Beschäftigung vermuten lässt, müsste Mahnung sein. Ein allgemeiner Mindestlohn ist erst recht keine epochale Antwort auf den Umstand, dass die Produktivität nicht überall für politisch wünschenswerte Löhne reicht.

Appell an China

Von Patrick Welter

Reichlich unverblümt hat der amerikanische Präsident Barack Obama zum Abschluss des Apec-Gipfeltreffens auf Hawaii China vorgeführt. China solle sich wie ein Erwachsener benehmen und endlich nach den Regeln spielen. Stichworte sind der unfreie Wechselkurs des Renminbi und der Schutz vor Produktfälschungen. Obamas harte Worte zielen zum Teil auf die heimische Wählerschaft, der er sich vor der Wahl 2012 als Kämpfer um Arbeitsplätze im Export vorführen möchte. Dahinter steckt aber mehr. Mit der Freihandelsinitiative Trans-Pazifische Partnerschaft (TPP) signalisieren die Vereinigten Staaten ihre dominante Stellung als politische und als wirtschaftliche Kraft im asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum. Japan, Kanada und Mexiko wollen auch mitmachen. Die TPP könnte zum Gegenstück der heterogenen Apec werden, weil diese sich in Sachen Freihandel nicht schnell genug bewegt. Die Tür der TPP ist nicht geschlossen. Das Bündnis steht anderen Ländern offen. China müsste sich dazu stärker von der staatlichen Wirtschaftslenkung hin zur Marktwirtschaft entwickeln. Obama harte Worte an Peking sind insoweit nicht Abgrenzung, sondern Aufforderung: Bewegt Euch!

Retter ohne Hausmacht

Von Tobias Piller, Rom

Kann der honorige Wirtschaftsprofessor Mario Monti in wenigen Monaten all das reparieren, was über Jahrzehnte in Italien schiefgelaufen ist? Die Erwartungen an Monti als Fachmann und Retter der Nation sind riesig. Die Erfahrungen mit den Übergangsregierungen von parteilosen, honorarigen Fachleuten in den Jahren 1993 und 1995 sind allerdings nicht sonderlich ermutigend. Immerhin waren damals der Notenbankgouverneur Carlo Azeglio Ciampi und zwei Jahre später die Nummer zwei der Banca d'Italia, Lamberto Dini, mit viel Ehrgeiz angetreten. Doch kurzfristige Kalküle von Parteipolitikern und Gewerkschaften verhinderten damals die großen Reformprojekte. Wären diese in den neunziger Jahren beschlossen worden, steckte Italien schließlich nicht Jahre später immer noch in der Krise.

Was nun von einer neuen Regierung durchgesetzt werden muss, ist keine Hexerei und schon beschrieben von dem alten und dem neuen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet und Mario Draghi, teilweise wiederholt im Brief mit den letzten Reformversprechen von Silvio Berlusconi: Die öffentliche Verwaltung muss produktiver, die Justiz schneller werden, damit die italienische Wirtschaft produktiver sein kann und schneller wächst. Den größeren Unternehmen muss es möglich sein, in Krisenzeiten einen Teil ihrer festangestellten Arbeitnehmer zu entlassen, weil sie nur dann den jungen Italienern dauerhafte Anstellungsverträge bieten und in deren betriebliche Ausbildung investieren. Nur dann sind auch die vielen Kleinunternehmer bereit, ihre Unternehmen über die Schwelle von 15 Mitarbeitern wachsen zu lassen, von der an bisher das archaische Arbeitsrecht zupackt, das aus Zeiten der Vorkriegszeit stammt. Zugleich brauchen Italiener, die ihren Arbeitsplatz verlieren, auch mehr soziale Sicherheit, als das Flickwerk von Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld bietet, das eigentlich nur für gewerkschaftlich privilegierte Beschäftigte von Staats- und Großbetrieben entstanden war. Finanzieren kann das auch der Verzicht auf Privilegien wie die üppige Frührente im Alter von Ende fünfzig. Eine Reduzierung der Sozialabgaben ließe sich bezahlen mit der Rückkehr zu einer Steuer auf alle Immobilien. Die hatte Berlusconi größtenteils abgeschafft und dabei tatsächlich ein Wahlversprechen eingehalten. Doch Italien bleibt kein Ausweg, als physisches Vermögen wie Immobilien wieder oder wieder stärker zu besteuern, wenn von den Einkommensströmen manches an den Finanzbehörden vorbeigeleitet wird.

Doch sosehr Italiens Fachleute zuletzt solche oder ähnliche Szenarien für einen großen Reform-Wurf beschworen, die Politiker wollten oder konnten sich nicht darauf verständigen. Die Regierung von Silvio Berlu-

coni ist an ihren kleinlichen Streitigkeiten über Reformen und ihrer Unfähigkeit zum großen Ruck zerbrochen. Die bisherige Opposition lebte zuletzt ungeniert mit Widersprüchen, die nun nach dem Rücktritt von Berlusconi offengelegt werden. Denn Berlusconi warfen sie einerseits vor, keine Reformen hervorgebracht zu haben, andererseits waren die gleichen Oppositionspolitiker voll Entrüstung gegen jede konkrete Idee aufgetreten, ohne jedoch selbst Projekte zu entwickeln. Künftig können die Pläne eines Mario Monti nicht einfach als Teufelswerk eines machthungrigen Medienmoguls abgetan werden.

Ein Ministerpräsident Monti wird es schwer haben, Mehrheiten für Reformen zu organisieren.

Was immer ein Ministerpräsident Monti vorschlagen wird, er wird es schwer haben, dafür im Parlament die notwendigen Mehrheiten zusammenzubekommen. Denn die Parteipolitiker könnten allzu schnell der Versuchung erliegen, einer Regierung Monti die Verteidigung von Gemeinwohl, Sanierungsplänen und Reformen zu überlassen, um selbst umso energischer Partikularinteressen zu verfolgen. Berlusconi und seine Gefolgsleute versuchen derzeit, ihre vom Machtverlust gebeutelte Partei zusammenzuhalten und vor dem Auseinanderbrechen zu bewahren. Auch die größte Oppositionspartei, die Demokratische Partei, sucht gerade nach ihrer Identität. Für alle Parteien, die Regierungsverantwortung an die „Fachleute“ delegieren, beginnt zugleich der Wahlkampf für die Zeit nach einer Übergangsregierung, ob in sechs oder spätestens in sechzehn Monaten. Alle sind versucht, sich auf Kosten der anderen und mit Erpressung gegenüber der Übergangsregierung zu profilieren.

Mario Monti kann den vielen kleinen Machiavellis in der italienischen Politik nicht viel entgegensetzen. Er hat die Unterstützung des Staatspräsidenten mit großem moralischen Gewicht. Und er kann auf die dramatischen Daten der Finanzmärkte verweisen, die zum Handeln zwingen. Ansonsten besteht Montis einziges Druckmittel darin, das angetragene Regierungsamt erst definitiv anzutreten, wenn er die Unterstützung der meisten Parteien für konkrete Reformprojekte schon in der Tasche hat. Sonst läuft er Gefahr, selbst zum Opfer zynischer Politiker zu werden, die ihren Namen nicht mit dem Scheitern von Reformen sowie einer Zahlungsunfähigkeit Italiens verbunden sehen wollten und lieber einem Außenstehenden wie Monti eine solch unrühmliche Rolle überlassen. Für Monti und Italien bleiben viele Risiken.